Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 323. Mittwoch den 19. November 1879. 73. Jahrgang.

Versteigerung von Bauplätzen.

Das der Stadtgemeinde Leipzig gehörige, zwischen der Canalstraße, Frankfurter Straße, den angrenzenden Grundstücken der Letzteren und dem Elstermühlgraben belegene Areal des sogenannten Ochsenhauses soll in 4 Bauplätze

Nr. 2 von 624 qm = 1946 □E.
„ 3 „ 571 „ = 1780 „
„ 4 „ 675 „ = 2105 „
„ 5 „ 996 „ = 3106 „ } Flächengehalt

eingetheilt

Donnerstag, den 20. November d. J. von 10 Uhr Vormittags an

im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, zum Verkaufe versteigert werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der ausgebotenen 4 Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parzellirungsplan liegen in unserem Bauamt, Tiefbauverwaltung (Rathhaus, 2. Etage) zur Einsichtnahme aus und sind daselbst auch Exemplare des autographirten Parzellirungsplanes und der Versteigerungsbedingungen gegen Bezahlung von 50 Pfennigen zu erhalten.

Leipzig, den 30. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Im Hofe der hiesigen Gasanstalt sollen
am 22. November d. J. Vormittags 10 Uhr
ungefähr 33,500 Kilogramm altes Gußeisen und
„ 2,500 „ altes Schmiedeeisen,
und zwar jede Partie besonders, an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, öffentlich versteigert werden.

Die Licitationsbedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen, auch gegen Erlegung der Copialien daselbst in Abschrift zu erhalten.

Leipzig, den 11. November 1879.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir beschlossen haben, vom 1. Januar k. J. ab die Pos. III b. des Wassergeldtarifs, wonach für den Cubikmeter Wasser bei einem täglichen Verbrauch von 22 Cubikmeter und darüber 9 Pfennige zu zahlen ist, aufzuheben, so daß von da ab für jeden Cubikmeter verbrauchten Wassers ein Preis von 11 Pfennigen in Rechnung gestellt werden wird.

Für den Fall, daß hiervon betroffene Consumenten bis zum 20. December d. J. ihr Einverständniß mit dieser Abänderung des wegen Entnahme des Wassers aus der städtischen Wasserleitung abgeschlossenen Vertrages nicht bei unserer Stadtwasserkunst oder bei Gelegenheit der ihnen patentarisch noch zuzufertigenden besonderen Mittheilung erklären sollten, so würden wir uns genöthigt sehen, in Gemäßheit von § 14 des Regulativs für die Benutzung der Stadtwasserkunst vom 30. November 1871 die weitere Abgabe von Wasser zu kündigen.

Leipzig, am 13. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

Die für den 3. December d. J. gekündigte **Abtheilung Nr. 12** der obigen Fleischhalle soll zur **anderweiten Vermiethung** von diesem Zeitpuncte an unter den üblichen Bedingungen
Sonnabend, den 22. d. M., Vormittags 11 Uhr
an Rathsstelle versteigert werden.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsgottesdienst für den zweiten diesjährigen Bußtag findet Donnerstag den 20. November, und zwar nur in der Thomaskirche statt.

Leipzig, den 11. November 1879.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent.
Dr. Fr. W. Valentiner, i. v. Eph.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Noch einmal der Czarewitsch.

Der russische Großfürst-Thronfolger und seine Gemahlin sind am Sonntag früh 9 Uhr 15 Minuten am Anhaltischen Bahnhof zu Berlin eingetroffen. Der Großfürst hatte sich jeden officiellen Empfang verbeten. Es waren daher am Bahnhof nur anwesend: der Commandant von Berlin, Generallieutenant Graf Wartensleben, der Polizeipräsident v. Madai und der russische Botschafter v. Dubril, sonst aber Niemand von der Botschaft. Es hatte sich ein ziemlich zahlreiches Publicum eingefunden, welches sich aber völlig schweigsam verhielt und auch nicht grüßte. Der Großfürst Thronfolger, der preußische Uniform trug, bestieg mit seiner Gemahlin den bereit gehaltenen Hofwagen und begab sich sofort in das russische Botschaftshotel. Hier empfing er zunächst die zu seinem Dienst befohlenen Personen. Am Vormittag machte das fürstliche Paar dem Kaiser, dem Prinzen Karl, der Frau Prinzessin Friedrich Karl, sowie dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen Besuche und empfing den Gegenbesuch des Kaisers und der prinzlichen Herrschaften.

So lautet die trockene Meldung über ein Ereigniß, welches doch so viele Federn in Bewegung gesetzt hat und noch in Bewegung setzen wird. Die officiellen und officiösen Apparate Berlins sind mit Nachdruck in Thätigkeit gebracht worden, um die Anwesenheit des russischen Thronfolgers mit seiner Gemahlin am kaiserlichen Hoflager in würdiger Weise zu feiern. Indessen entgeht dem scharfen Beobachter nicht, daß die Fülle der Festlichkeiten, welche auf den Zeitraum von kaum zwei Tagen zusammengedrängt worden, zu politischen Verhandlungen nicht hinlängliche Muße bieten. Will man doch wissen, die vertraulichen Besprechungen des Kaisers mit seinem Großneffen hätten nur so kurze Zeit gewährt, daß die hochwichtigen Materien nicht eingehend besprochen worden sein konnten, welche nach der Auffassung sonst wohlwollender Personen die Mission des Großfürsten bildeten.

Wäre Dies richtig, und wir haben bis zur Stunde Nichts erfahren, was Dem entgegenstünde, so hat die Politik des Fürsten Bismarck durch den russischen Besuch keine Kreuzung erfahren. Ob Dies beabsichtigt war, mag dahin gestellt bleiben. In der Thatsache allein, daß der Erbe des russischen Reiches mit den Kaisern von Deutschland und Oesterreich in persönlichen Verkehr trat in einem Augenblicke, wo ein vertragsmäßiges Bündniß gegen Rußland beschlossen worden, liegt für alle politischen Kreise die Bedeutung des Besuches.

Daß Dies auch äußerlich zugestanden werden sollte, ist in dem Umstande zu suchen, daß der russische Thronfolger bei den Botschaftern Frankreichs, Englands, Oesterreichs und der Türkei, sowie beim Grafen Moltke vorfuhr. Immer aber liegt der eigentliche Punct in den Besprechungen, welche der hohe Gast mit unserem Kaiser gepflogen hat. Darüber wird und kann Nichts in die Oeffentlichkeit gelangen, weil augenblicklich Niemand als der deutsche Reichskanzler über diese Vorgänge unterrichtet worden ist. Erst später werden aus Petersburg oder von anderen Puncten, wo russische Agenten diplomatisch oder in der Presse wirksam sind, Streiflichter über Das fallen, was in Berlin hinter den Coulissen vorgegangen ist. In dieser Annahme glaubt man sich berechtigt, weil Fürst Gortschakoff nur mit Widerstreben dem Wunsche Czar Alexander's nachgab, der den Besuch des Czarewitsch an den beiden kaiserlichen Hoflagern als eine von dem Momente gebotene Nothwendigkeit hielt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. November.

Die Befestigungen, welche Frankreich an der belgischen Südgrenze anlegt, sind in belgischen Zeitungen in verschiedenem Sinne besprochen worden und diese Erörterungen haben auch in der Berliner Presse ein Echo gefunden. Wenn man die Franzosen hört, so verstärken sie ihre Befestigungen an der belgischen Grenze blos zur Vertheidigung ihrer Landesgrenze. Sie haben Toul und Verdun so großartig befestigt, daß den Deutschen, wie sie meinen, der bisherige Weg nach Paris verlegt sein wird, und es sei deshalb zu besorgen, daß die Deutschen in einem künftigen Kriege die Neutralität Belgiens nicht respectirten, sondern den Versuch machen, über die belgische Grenze in Frankreich einzudringen. Belgische Blätter erklären die Sache aber anders. Sie meinen, die Franzosen verführen nach dem Spruche: „Was ich denk' und thu', trau' ich Andern zu." Durch die großartigen Befestigungen von Köln und Straßburg würde den Franzosen der Einmarsch in Deutschland sehr erschwert, und so dächten sie es schon so zu machen, wie Herr Dumouriez in seinen Memoiren empfohlen habe, nämlich starke Festungen an der belgischen Grenze zu errichten und dann über Belgien nach Deutschland einzudringen, wobei man sich durch jene Festungen eine Rückzugslinie gesichert habe. Wir wollen hoffen, daß die belgische Neutralität allseitig geachtet werde. Jedenfalls werden es nicht die Deutschen sein, durch welche sie verletzt wird. Die Belgier müssen längst zur Einsicht gekommen sein, daß Deutschland nicht im Entferntesten daran denkt, sich belgischen Gebietes zu bemächtigen. Eroberungsgedanken gegen Belgien werden höchstens hier und da in Frankreich gehegt; Deutschland wird stets bereit sein, die Neutralität Belgiens anzuerkennen und — nöthigenfalls zu beschützen.

In den Ausschüssen des preußischen Abgeordnetenhauses wird wohl der „Culturkampf", der in dieser Session noch kaum berührt worden, demnächst entbrennen. Eine Reihe von Bittgesuchen und die verschiedenen Ansätze des Etats des Cultusministeriums werden reichlich Gelegenheit bieten, die brennenden Fragen aus dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik zur Sprache zu bringen. Das Centrum muß freilich auf der einen Seite wünschen, die schwebenden Verhandlungen mit der Curie nicht durch unzeitgemäßes Zwischenreden zu durchkreuzen, auf der anderen Seite aber ist es auch nicht zu verwundern, wenn diese Partei des ewigen Hinhaltens und Zauderns nachgerade müde wird und mit Ungeduld das Ergebniß der Verständigungsversuche kennen zu lernen wünscht. Ebenso dringend muß es der Wunsch der Liberalen sein, das Dunkel, welches über den Grundsätzen und letzten Zielen des dermaligen Leiters des Cultusministeriums und über den Aussichten einer Verständigung mit dem Ultramontanismus schwebt, baldigst aufgeklärt zu sehen. Ob für eine Reaction auf kirchenpolitischem Gebiete in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause eine Majorität zu finden ist, Das wird davon abhängen, in welchem Maße in der jetzt vereinigten conservativen Partei die Grundsätze der Altconservativen diejenigen der Neuconservativen unterdrückt haben und die letzteren ihre alten Grundsätze verleugnen. Großen Erwartungen giebt man sich in dieser Beziehung nicht hin. Man wird in den Kreisen der ehemaligen Neuconservativen, die an der Falk'schen Gesetzgebung selbst mitgearbeitet haben, leider nicht viel Neigung mehr voraussetzen dürfen, die Angriffe gegen diese Gesetzgebung abwehren zu helfen. Die kirchenpolitischen Fragen sind der Angelpunct der ganzen innern Lage; man wird daher den, wenn auch zunächst nur in einzelnen Commissionen bevorstehenden Auseinandersetzungen darüber mit nicht geringer Spannung entgegensehen dürfen.

Die auf Montag angesetzte erste Sitzung der Eisenbahn-Commission sollte eigentlich den Charakter einer informatorischen haben. Bei der Zusammensetzung der Commission war das nähere Studium der einzelnen Bahnankaufs-Projecte je einer Gruppe von Mitgliedern übertragen worden, und man hoffte, daß die Vorstudien (außer dem von der Staatsregierung vorgelegten Material mußten natürlich u. A. auch die Generalversammlungsberichte der einzelnen Bahn-Unternehmen eingesehen werden) nunmehr so weit gediehen sein würden, daß unter kurzem Vortrag über jedes Project die den Einzelnen aufgestoßenen Bedenken zur Sprache kommen und von den Regierungscomm.-faren beantwortet werden könnten. Es zeigte sich jedoch, daß die Vorarbeiten, wie Dies bei der Kürze der Zeit kaum anders zu erwarten, noch nicht weit genug gediehen seien. Man verzichtete daher auf jedes Eingehen in die Sache und beschränkte sich darauf, die Frage der geschäftlichen Behandlung zu regeln, in der Weise, daß man zum Haupt-Berichterstatter, dem in erster Linie die Behandlung der Garantiefrage zufällt, den Abg. Dr. Miquel, zu Einzel-Referenten die Abg. v. Zedlitz (für Berlin-Stettin), Abg. Hammacher (für Magdeburg-Halberstadt), Abg. v. Hüne (für Hannover-Altenbeken) und Abg. Grimm (für Köln-Minden) wählte. Eine längere Verhandlung rief auch die Frage hervor, ob die Angelegenheit der Garantien vor, nach oder neben Erledigung der einzelnen Vorträge zu regeln sei. Für beide Ansichten wurden Gründe geltend gemacht. Die Commission hat zur Zeit von einer Beschlußfassung hierüber absehen zu müssen geglaubt.

Die Commission zur Berathung des preußischen Feld- und Forstpolizeigesetzes hat dem vielbesprochenen §. 41 über das Einsammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen die nachstehende, von der Regierungsvorlage wesentlich abweichende Fassung zu geben beschlossen: „Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken 1) bei Ausübung einer Waldnutzung den Legitimationsschein, den er nach den gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften, nach dem Herkommen oder nach dem Inhalt der Berechtigung lösen muß nicht bei sich führt; 2) den polizeilichen Anordnungen oder dem Verbote des Eigenthümers entgegen (in der Vorlage hieß es: ohne Erlaubniß des Waldeigenthümers) Kräuter, Beeren oder Pilze sammelt, oder, falls er einen Erlaubnißschein erhalten hat, denselben beim Sammeln nicht bei sich führt. Die Verfolgung darf nur auf Antrag eintreten". (Die letztere Bestimmung war in der Vorlage nicht enthalten.)

Der Umstand, daß der ungarische Ministerpräsident Tisza gelegentlich der Debatte über die bosnische Vorlage gerade am Vorabend des Besuches des russischen Thronfolgers in Wien die Erkaltung der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland betonte, hat allgemeines Aufsehen erregt. Nun liefert man von „unterrichteter Seite" den Wiener Blättern einen Commentar zu obiger Aeußerung. Es heißt in demselben, daß Rußland gegen die Besetzung von Novibazar entschieden eingenommen war, und wenn sich eine diplomatische Handhabe gegen dieselbe geboten hätte, so würde es diese benutzt und die Besetzung verhindert haben. Die Handhabe fand sich nicht, und Rußland, das in der Besetzung Novibazars eine Bedrohung Bulgariens und eine Gefährdung der Unabhängigkeit Montenegros erblickte, schickte sich an, entschieden gegen dieselbe Front zu machen. Die Cavalleriemassen längs der Warschau-Wiener Bahn dürften eher mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn als auf Deutschland dortselbst aufgestellt worden sein. Indessen die Besetzung vollzog sich, und seitdem ist die Sachlage eine gründlich veränderte. Seitdem hat der Besuch Bismarck's in Wien stattgefunden, und das österreichisch-deutsche Bündniß ist zu Stande gekommen. Der Czarewitsch soll den Auftrag erhalten haben, die guten Beziehungen Rußlands zu den beiden Nachbarmächten wieder herzustellen. Die ungarischen Blätter (selbst das Regierungsblatt „Ellenör" nicht ausgenommen) äußern sich mit lebhaftem Mißtrauen über die angeblich friedfertigen Absichten Rußlands.

Aus Paris, 16. November, schreibt man der „Köln. Ztg.": Wenn die Franzosen noch eines augenscheinlichen Beweises für die Realität des deutsch-österreichischen Bündnisses bedürften, so hätte ihnen die gestrige musikalische Soirée des hiesigen Quartettvereins im großen Saale des Grand Hotel dazu dienen können. Dort saßen nämlich die Vertreter der neuen Bundesbrüder, Fürst Hohenlohe und Graf Beust, einträchtig neben einander und hörten den deutschen Männerchören und der Silberstimme der Frau Keller aus Bielefeld zu und vereinigten schließlich ihre Hände zu einem gleichgestimmten Bravoklatschen. Ein Zeichen der Zeit! Denn in Vereinssachen hatten sich Deutsche und Oesterreicher seit längerer Zeit getrennt, so daß selbst der Deutsche Hülfsverein, der vor 1866 aus einem Guße bestand, den Riß verspürte. Und Graf Beust hatte gemäß seiner Vergangenheit wenig dazu gethan, den Riß auszugleichen und, beispielsweise, seinen Schimmel im Boulogner Gehölz dieselben Wege wandeln zu lassen wie der Rothfuchs des Fürsten Hohenlohe. Ob Letzteres bald geschehen wird, weiß ich nicht zu sagen; aber das Eine ist zur Thatsache geworden, daß sie Beide dem nationalen Stiftungsfeste des Quartettvereins den politischen Beigeschmack verliehen, der aus dem deutsch-österreichischen Bündniß hervorgeht und der auch sämmtlichen Anwesenden keinen Augenblick verborgen blieb. Das Fest selbst war glänzend. Der Quartettverein besteht erst zwei Jahre; er bezeugte seine volle Lebenskraft mit der gestrigen Soirée, die so stark besucht war, daß ein in Paris seit Jahren ansässiger alter Herr bemerkte: „In zwanzig Jahren werden die Deutschen in Paris nach Hunderttausenden zählen."

In der russischen „St. Petersburger Ztg." steht ein beachtenswerther Artikel über die Militaircolonien der Kosaken. Der Schreiber desselben sagt, es sei die höchste Zeit, dieselben abzuschaffen,